

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Kohls Aufschwung Ost-Bilanz hat nichts mit dem wirklichen Leben in Ostdeutschland zu tun: "Geschönt und unvollständig" konstatieren der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wolfgang Thierse und der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder.

Seite 1

Statt ihre europapolitischen Hausaufgaben zu machen, mißbraucht die Bundesregierung die deutsche EU-Ratspräsidentschaft schamlos zu Wahlkampfzwecken, wirt ihr Heidemarie Wleczorek-Zeul MdB vor.

Seite 3

Für die Einrichtung einer ständigen Technologiekonferenz zur Wiedererlangung der technologischen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands spricht sich der Wirtschaftsminister des Saarlandes Reinhold Kopp aus.

Seite 5

Die Bundesregierung hat es versäumt in ihrer EU-Ratspräsidentschaft die Rechte der Kinder voranzubringen, kritisiert Lissy Gröner MdEP.

Seite 6

49. Jahrgang / 178

15. September 1994

Geschönt und unvollständig

Aufschwung Ost: Die Lebenswirklichkeit steht im krassen Widerspruch zu Kohls dröhnender Selbstzufriedenheit

Von Wolfgang Thierse MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD und

Gerhard Schröder

Ministerpräsident von Niedersachsen

Aus dem Amt des Bundeskanzlers ist heute dröhnende Selbstzufriedenheit zu hören. Namentlich am "Aufschwung Ost" entzündet sie sich.

Aber die Lebenswirklichkeit in Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist ganz anders. "Die Freiheit hat einen hohen Preis", sagen jetzt viele Menschen. Mit Bitterkeit und Kompromißlosigkeit reagieren sie auf die tatsächliche Lage: Fast vollständige Zerstörung der Industrie; Vernichtung von über der Hälfte aller Arbeitsplätze; Verdrängung der Frauen aus der Arbeitswelt; Rückgang der Versorgung mit Kindergärten; Vervielfachung der Mieten ohne Änderung der Wohnungsqualität; Steigerung der sonstigen Lebenshaltungskosten - so lautet der Teil der Bilanz, den Helmut Kohl lieber verschweigt.

Es wäre nun wirklich ein Wunder, wenn angesichts der Summen, die aus öffentlichen Quellen nach Ostdeutschland transferiert werden, dort ökonomischer Stillstand herrschte. Also: Es tut sich was - Gott sei Dank! - vor allem bei Banken und Versicherungen, im Baugewerbe und bei Dienstleistungen.

Aber: Die Höhe der Wachstumsraten erklärt sich nur aus dem absoluten Tiefstand, den die Produktion in Ostdeutschland erreicht hatte. Tatsächlich liegt sie noch immer um ein Drittel unter der des Jahres 1989/1990! Leider verbirgt sich also so viel hinter den auf den ersten Blick imposanten Wachstumsziffern nicht. Immer noch kommt dieses Wachstum aus Transfers, nicht aus eigenständiger ostdeutscher Wirtschaftskraft.

Angesichts der höchsten gesamtdeutschen Arbeitslosigkeit der Geschichte bleibt es beunruhigend, daß es keine Auswirkungen auf die Beschäftigung gibt. Man muß sogar mit zusätzlichen Arbeitslosen rechnen.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichteter Umgang
mit wertvollem Rohstoff für
Recycling-Papier



Einer ökonomischen Aufwärtsbewegung auf dem schmalen Grat der West-Ost-Transfers stehen Deindustrialisierung, Rückstufung Ostdeutschlands zu einer verlängerten Werkbank und zum bloßen Absatzmarkt des Westens und zahllose Entwertungs- und Enteignungserfahrungen in Ostdeutschland gegenüber. Es bleibt also noch viel zu tun!

Wir werden mit dem Bundeskanzler Rudolf Scharping einen Aufbaustab Ostdeutschland im Bundeskanzleramt einrichten, der alle Maßnahmen für die Menschen in den neuen Ländern beschleunigen wird und für einen wirksamen Einsatz der Mittel sorgt.

Vor allem gilt es:

- die verbliebenen Industriestandorte zu retten: Noch-Treuhandbetriebe werden bis zu fünf Jahre durch Sanierungshilfen gefördert;
- privatisierten und neu gegründeten Betrieben eine Chance zu geben: Mit Modernisierungs- und Liquiditätskrediten und der Förderung gemeinschaftlicher Forschungseinrichtungen verbessern wir die Überlebenschancen und Entwicklungsmöglichkeiten insbesondere des ostdeutschen Mittelstandes;
- Marktzugänge zu erschließen: Mit Präferenzregelungen wollen wir die Absatzchancen ostdeutscher Produkte und Dienstleistungen erhöhen - auch bei der Erschließung von Auslandsmärkten werden wir kleinen und mittleren Unternehmen helfen;
- eine moderne Forschungslandschaft zu schaffen: durch gezielte Förderung werden wir zur Entstehung privater und öffentlicher Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland beitragen;
- die kommunale Infrastruktur zu verbessern; mit der Investitionspauschale als Teil eines Zukunftsinvestitionsprogramms sollen insbesondere die Zukunftsinvestitionen der Städte und Gemeinden in Ostdeutschland erleichtert werden;
- Bewohner und Nutzer von Wohnungen, Häusern, Grundstücken und landwirtschaftlichen Flächen vor Räumung zu schützen: Dazu müssen Schuld- und Sachenrecht noch einmal überprüft, muß die Nutzungsentgeltverordnung überarbeitet und der Mieterschutz ergänzt werden;
- Ausbildung zu gewährleisten: Durch das Zusammenwirken von Unternehmen, Regierungen und Gewerkschaften müssen alle Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhalten;
- Diskriminierungen zu beseitigen - das gilt vor allem für das Rentenrecht, dessen strafrechtliche Elemente aufgehoben werden; - gelebte Biographien anzuerkennen; so müssen Berufsausbildungen und Berufserfahrungen Ostdeutscher gleichwertig behandelt werden. Dazu werden wir manche arbeitsrechtlichen Besonderheiten überprüfen.

Um die menschliche Seite der deutschen Einheit hat sich in den letzten Jahren in Bonn kaum jemand bemüht. Das muß sich ändern. Die Ostdeutschen - nicht Helmut Kohl - haben Freiheit und Einheit selbst erkämpft, als sie einen günstigen Augenblick der Geschichte nutzten. Den Preis für die Freiheit hat die Regierung Kohl diktiert. An den Würdelosigkeiten, Verletzungen und Enttäuschungen dabei, werden wir in Deutschland noch länger laborieren als wir unter den ökonomischen Fehlern zu leiden haben werden.

Deshalb vor allem bleibt die Bilanz Kohls geschönt und unvollständig.

(/15. September 1994/hgs/ks)

Ungenügend

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft steht zur Halbzeit vor einem Scherbenhaufen

Von **Heldemarie Wieczorek-Zeul MdB**
Stellvertretende Vorsitzende der SPD

Der Bundesregierung kann nur ein miserables "Halbzeitzeugnis" ausgestellt werden. Der tollpatschige "Fehlstart" mit dem gescheiterten Versuch, einen Kommissionspräsidenten nach eigenem Gutdünken durchzudrücken, hat die deutschen Aktivitäten von Anfang an gelähmt. Die "Kerneuropathesen" der CDU/CSU-Fraktion bedeuten den endgültigen Fehlschlag der deutschen Ratspräsidentschaft. Dabei war auf 31 vollbedruckten Seiten zu Beginn der Präsidentschaft vollmundig mitgeteilt worden, welche nur erdenkbaren Themen die Bundesregierung im zweiten Halbjahr 1994 voranbringen wollte: Standort Europa, Ausbau und Vertiefung des Binnenmarktes, Weiterentwicklung der Sozial- und Umweltpolitik, Fortschritte bei Forschung, Technologie und der Verkehrspolitik, europaweite Bekämpfung der Kriminalität, Fortentwicklung und Ausbau der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Statt dessen hat die Bundesregierung mit den bisher durchgeführten informellen Ministertreffen Wahlkampf betrieben. Die von den Steuerzahlern aufgebrachtten Kosten in Höhe von insgesamt etwa zehn Millionen DM stehen in keinem Verhältnis zu den Resultaten.

Das ergebnislose "Ferientreffen" der europäischen Außenminister auf Einladung Kinkels am 10. und 11. September in Bansin hat gezeigt, daß die Bundesregierung über Ankündigungen hinaus nichts zustande gebracht hat.

1. Die Bundesregierung wollte vorrangig die vorbereitenden Arbeiten für die Konferenz zur Überprüfung des Vertrages von Maastricht in die Wege leiten. Die Realität ist, daß die deutsche Ratspräsidentschaft vor einem Scherbenhaufen steht. Mit der Vorlage ihrer unausgesehenen und in unverantwortlicher Weise weder in Deutschland noch mit unseren Partnern abgestimmten "Kerneuropathesen" hat die CDU/CSU-Fraktion Zwiespalt in Europa gesät. In den Mitgliedsländern der EU sind diese Vorschläge auf deutliche Ablehnung gestoßen. Sie gefährden die Erweiterung um Schweden, Norwegen und Finnland und schüren die Angst vor deutscher Hegemonie.

Wir Sozialdemokraten sehen die Verwirklichung Europas nur unter gleichberechtigten Staaten.

Wir fordern Bundeskanzler Kohl auf, dafür zu sorgen, daß das Kerneuropa-Papier der CDU/CSU-Fraktion unverzüglich zurückgezogen wird.

Die Diskussion über die zukünftige Entwicklung in der Europäischen Union kann erst nach der Aufnahme Österreichs, Schwedens, Norwegens und Finnlands und in einer breiten Öffentlichkeit erfolgen, in die die neuen Mitgliedstaaten von Anfang an mit einbezogen werden. Wir legen Wert darauf, daß diese Staaten ihre demokratischen Traditionen und ihre Erfahrungen in der Sozial- und Umweltpolitik in die Überlegungen einbringen.

Europa wird nur von Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert, wenn durch parlamentarische Beratungen sowohl in den nationalen Parlamenten als auch im Europaparlament in einer offenen Diskussion ein Konsens über den weiteren Weg der EU erzielt wird.

Dagegen gefährden dilettantische Alleingänge, wie die der CDU/CSU, den Zusammenhalt der EU.

2. Die Überwindung der Arbeitslosigkeit sollte nach den eigenen Worten der Bundesregierung zentrales Thema der deutschen Ratspräsidentschaft sein. Die Realität ist, daß sich bisher absolut nichts getan hat, was das Schicksal von 18 Millionen Arbeitslosen in Europa verbessern könnte. Zwar haben sich die Arbeits- und Sozialminister der EU bereits einmal während der deutschen Präsidentschaft getroffen. Und Minister Blüm hat sich auch bequem, endlich einmal persönlich zu erscheinen. Aber ein Signal für eine EU-weite Aktion zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf der Basis des Weißbuches der Kommission ist

ausgeblieben! Die Mehrzahl der Vorschläge von Kommissionspräsident Delors sind nicht aufgegriffen worden.

Statt die Arbeitsmarkt- und Strukturförderung voranzutreiben und auf ein konstruktives Zusammenwirken von Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa hinzuwirken, ist Blüm untätig geblieben. Warum ist die Entsenderichtlinie, mit der soziales Dumping in Deutschland verhindert werden soll, noch immer nicht im Rat verabschiedet worden? Die Bundesregierung trägt mit ihrer Verschleppungstaktik an den auf deutschen Baustellen herrschenden "Wild-West-Zuständen" Mitverantwortung. Es besteht die Gefahr, daß die von Schäuble ausgegrenzten Länder nun die Verabschiedung der Richtlinie weiter verzögern.

Wir Sozialdemokraten fordern weiterhin die sofortige Schaffung eines Europäischen Beschäftigungspaktes zur Überwindung der Arbeitslosigkeit. Dazu gehören die gerechte Verteilung der Arbeit beziehungsweise Verkürzung der Arbeitszeit, Qualifizierung und Weiterbildung, Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und die Absicherung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, insbesondere die Verabschiedung der Entsenderichtlinie.

3. Die Erhaltung und Festigung von Frieden und Stabilität in ganz Europa durch eine aktive Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik hat Minister Kinkel als weiteren Schwerpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft angekündigt.

Die Realität ist, daß die Bundesregierung unter dem Vorwand einer europäischen Harmonisierung die Lockerung der Rüstungsexportpolitik betreibt und versucht, neue Absatzmärkte für Rüstungsgüter durch eine "Rüstungsexportagentur" zu erschließen. Die Bundesregierung muß sich den Vorwurf gefallen lassen, damit Frieden und Stabilität aufs Spiel zu setzen.

Wir Sozialdemokraten fordern weiterhin, daß alle Chancen für eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Europa genutzt werden. Wir müssen endlich eine gesamteuropäische Zusammenarbeit in die Wege leiten, die die bestehenden Möglichkeiten zur engeren Kooperation mit den mittel- und osteuropäischen Staaten voll ausnutzt und sich damit stabilisierend auf Gesamteuropa auswirkt. Die SPD lehnt eine Lockerung von Rüstungsexporten strikt ab.

4. Der Bekämpfung des internationalen Verbrechens wollte sich die Bundesregierung ebenfalls in besonderer Weise annehmen. Die Realität ist, daß EUROPOL bisher immer noch nicht arbeitsfähig ist.

Von den zur Zeit in Den Haag arbeitenden Beamten sind lediglich 26 für den Informationsaustausch vorgesehen, der sich nur beschränkt auf Straftaten im Bereich der Drogenkriminalität. Alle weitergehenden Befugnisse von EUROPOL stehen bisher nur auf dem Papier.

So kann - trotz Beteuerung der Bundesregierung - europaweite Kriminalität nicht bekämpft werden.

Der Rat muß endlich unter deutschem Vorsitz durchsetzen, daß die vom Europäischen Parlament bereitgestellten Mittel zur grenzüberschreitenden Schulung europäischer Polizeibeamter genutzt werden. Sie muß den Widerspruch erklären, daß einerseits im Rat unter deutschem Vorsitz ein Aktionsprogramm zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorgelegt werden soll, andererseits jedoch die dafür notwendigen Mittel im Haushaltsentwurf 1995 im Rat gestrichen worden sind die Handlungsfähigkeit der 16 sicherzustellen.

Die Bundesregierung täuscht die Öffentlichkeit, wenn sie trotz der immer noch nicht funktionierenden europäischen Polizei so tut, als ob EUROPOL wirksam den Kampf gegen Atomschmuggel aufnehmen könnte.

Wir Sozialdemokraten fordern weiterhin die umgehende Errichtung der Europäischen Polizei zur Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität, Drogenkriminalität und rechtsextremistischen Gewalttätigen. Das Sicherheitsbedürfnis von Bürgerinnen und Bürgern darf nicht weiter sträflich vernachlässigt werden.

5. Unsere Anforderungen an die deutsche Ratspräsidentschaft haben wir vorgestellt. Sie sind nach wie vor relevant.

Im Vordergrund stehen für uns die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Umsetzung des Weißbuchs der Europäischen Kommission zur Sozialpolitik und die Verwirklichung der im Ministerrat blockierten Richtlinien zugunsten von Frauen, verstärkter Verbraucherschutz, vorsorgender Gewässer- und Trinkwasserschutz und Aufrechterhaltung entsprechender Standards, Austauschprogramme für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wirksame Kontrolle der Finanzmittel der EU, partnerschaftliche Außenpolitik in den internationalen Beziehungen und Reform der Europäischen Union.

Wir werden diese Vorstellungen nach der Wahl im Oktober umsetzen. Die Bundesregierung fordern wir auf, bis dahin endlich damit aufzuhören, die Präsidentschaft zu Wahlkampfzwecken zu mißbrauchen.

(-/15. September 1994/hgs/ks)

Bonn verspielt unsere technologische Wettbewerbsfähigkeit **Für eine Ständige Technologiekonferenz**

Von Reinhold Kopp
Wirtschaftsminister des Saarlandes

In ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage rechtfertigt die Bundesregierung ihre Irrtümer beim Prozeß der wirtschaftlichen und politischen Integration in Deutschland mit dem Hinweis auf durchgängig falsche Einschätzungen namhafter Fachleute und Konjunkturforschungsinstitute.

Zu ähnlichen Fehleinschätzungen sind die Experten, auf die sich die Bundesregierung bis in die jüngste Zeit verlassen hat, auch hinsichtlich der Sicherung des Technologie- und Produktionsstandortes, insbesondere aber bei der Analyse von Innovationsschwächen gekommen.

Im Vertrauen auf die wissenschaftliche Politikberatung hat die Bundesregierung deutliche Signale übersehen:

- Verlust an Internationalität durch relativen Rückgang des deutschen Anteils am Welthandel;
- Wandel vom Nettoexporteur zum Nettoimporteur in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre bei wichtigen Gütern wie Elektronik, Optik, Büro- und ADV-Maschinen, Nachrichtentechnik;
- Verlust an Wettbewerbsfähigkeit in der Spitzentechnologie und dort insbesondere bei der Massenproduktion.

Vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind der technologisch-organisatorische Rückstand und die innovatorischen Herausforderungen erstaunlicherweise niemals im Detail thematisiert worden.

Ähnliches gilt auch für die Strukturgutachten der fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute. Es macht sich bemerkbar, daß diesen Gremien zu wenig Naturwissenschaftler und Ingenieure angehören.

Doch für die Bundesregierung ist das keine hinreichende Entschuldigung. Wer den Forschungsetat ständig weiter herunterfährt und als einziges Industrieland keine Steuervergünstigungen für Forschung und Entwicklung gewährt, darf sich nicht wundern, wenn die Wirtschaft technologisch in Rückstand gerät.

Die Wiedergewinnung der technologischen Wettbewerbsfähigkeit ist eine politische Aufgabe ersten Ranges. Man gewinnt sie nicht einfach durch die Einführung eines technologischen Sachverständigenrates, sondern nur durch eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung. Wünschenswert wäre daher die Schaffung einer institutionenübergreifenden, kooperativen Interaktion, einer Art ständigen Technologiekonferenz.

Diese müßte sich orientieren an der Produktivität, an moderner Arbeitsorganisation und an der Ausschöpfung der kreativen Potentiale der Humanressourcen.

Die Technologiekonferenz muß technische und soziale Innovationen miteinander verknüpfen, wie dies der DGB vorschlägt. Nur dann hat der gesellschaftspolitische Technologie- und Zukunftsdialoq eine Chance.

Die Konferenz muß Technologie- und Wirtschaftsdatenbanken in umfassenden Informationssystemen koordinieren. Die Bundesregierung schließlich muß ihre ideologischen Vorbehalte gegen marktwirtschaftlich orientierte Industriepolitik aufgeben und der Förderung von Forschung und Entwicklung wieder den ihr zukommenden Stellenwert einräumen.

(-/15. September 1994/hgs/ks)

Kinderrechte müssen erkämpft werden

Fünf Jahre UN-Kinderrechtskonvention - fünf Jahre Untätigkeit

Von Lissy Gröner MdEP

Kinderpolitische Sprecherin der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Die UN-Kinderrechtskonvention wird fünf Jahre alt. Am 20. November 1989 wurde sie von der UN-Vollversammlung in New York verabschiedet. Damit gab es erstmals einen völkerrechtlich anerkannten, verbindlichen Maßstab für die Rechte von Kindern.

157 Staaten der Welt haben seit 1989 diesen wichtigen Menschenrechtsvertrag ratifiziert. Allerdings ist sie nicht vollständig umgesetzt worden. Außereheliche Kinder, zum Beispiel, sind gegenüber ehelichen immer noch diskriminiert. Und unter der Kohl-Regierung müssen mehr Kinder in Armut leben, da sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger, vor allem bei den alleinerziehenden Müttern, in den letzten Jahren verdoppelt hat. Wer die Jugend ausgrenzt, versündigt sich an der Zukunft. Dies ist für Deutschland ein Armutszeugnis und kann nicht oft genug angeprangert werden.

In Europa fehlt es nicht an den Mitteln, die Kinderrechtskonvention umzusetzen, sondern am politischen und gesellschaftlichen Willen, die Rechte der Kinder zu achten und deren Wahrung ohne faule Kompromisse einzufordern. So steht bis heute das Aktionsprogramm für Kinder in der Europäischen Union aus, ebenso wie die Kinder-Ombudsperson. Die Bundesregierung hat es versäumt, in der EU-Ratspräsidentschaft eine Initiative zu ergreifen, um Kinderrechte voran zu bringen. Im Gegenteil, sie blockiert das IV. Programm zur Bekämpfung der Armut und kürzt die Jugendaustauschprogramme.

Wir brauchen einen europäischen Kinderbericht, der dem Europäischen Parlament und dem Rat jährlich vorgelegt wird und der Analysen und Entwicklungen enthält und Anregungen und Empfehlungen ausspricht, wie sich die Lage der jungen Generation entwickelt und wie Politik in Europa dem Rechnung trägt. Bei der Revision des Maastrichter Vertrags 1995 müssen im Verfassungsentwurf der Europäischen Union die Rechte der Kinder verankert werden. Dafür werden sich die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament einsetzen. Denn Kinderrechte müssen erkämpft werden.

(-/15. September 1994/hgs/ks)
